

Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter

Verlag Geinr. Fahrénbrech, Düsseldorf, Florastr. 7, Tel. 127 92. Druck u. Versand Joh. van Nieu, Krefeld, Luth. Kirchstr. 65, Tel. 246 14. Bestellungen durch die Post für den Monat 1.— M.

Nummer 12

Düsseldorf, den 26. März 1932

Verbandort Krefeld



Düstere Schatten der Ungewissheit lagern über dem deutschen Volk, Schatten der materiellen Not und Schatten der geistig-seelischen Not. Sechs Millionen deutscher Arbeiter sind zum Ruhen gezwungen. Es ist nicht die feiertägliche Ruhe der Erholung, es ist die aufgezogenen und zermürbende Ruhe des Nichtschaffens. Eine bange Frage regt sich angesichts dieses tragischen Schicksals, das diese Millionen ergriffen hat, in unserer Brust: Wer verbürgt Erlösung aus dieser Not? Wann bricht dem deutschen Arbeitervolke der helle Morgen eines lichtvollen Osterfestes an?

Propheten sind genug in deutschen Gauen, die aus schillernden Mixturen einen bunten Trank gebraut haben. Propheten genug auch, die vorgeben, den Stein der Weisen und des Rätsels Lösung gefunden zu haben. Mit drohend und verführerisch bieten sie ihr Rezept auf dem Markt des Lebens an: in der Wirtschaft, in der Politik, in den Parteien, auf der Arbeitsstätte, in der Familie, den Jungen und den Alten. Die Not ist groß, jede leise Hoffnung auf Besserung macht die Last erträglicher, sporn an, mit verdoppelter Kraft zu marschieren. Darum ist es nötig, sich einmal umzusehen im Kreise jener Heilspropheten, damit, wenn wir wählen, wir richtig geführt werden.

In der Wirtschaft stehen wir vor dem Zusammenbruch eines jahrzehntelangen stolzen Systems. Der Kapitalismus, aus namenlosen, fast unversiegbaren Kräften gespeist, hat die Hoffnungen schmählich enttäuscht, die er ehemals zu wecken verstand. Angeblich aus Gründen der Zweckmäßigkeit und der Selbsterhaltung hat er die romantisch-deutsche Wirtschaftsordnung einer vergangenen Zeit zerschlagen. Das mittelständlerische Gewerbe, der Unternehmer im alten Sinne, wurde ihm höflich gemacht und die Arbeiterschaft zu einer unförmigen Masse zusammengeballt. An die Stelle des stark gegliederten und doch in sich einheitlich durchgebildeten und schöpferisch wirksamen Wirtschaftsorganismus trat die hochgezüchtete Aristokratie einer Finanzoligarchie, die vor den Augen der staunenden Welt neue überdimensionale Wirtschaftsgebilde aufbaute: Konzerne, Trusts und Syndikate. Gebilde, in denen der Einzelmann unterging oder bestenfalls nur noch als Zahl existierte. Die volkswirtschaftlichen Bindungen des Kapitals dehnten sich über die nationalen Grenzen hinaus aus. Neue Bläse schufen neue Gebäude in diesem unübersehbaren Raum der Weltwirtschaft. Wo immer aus einer unbeweisbaren Eigengesetzlichkeit des Kapitals und seiner Betätigung heraus an internationalen Börsen und Märkten neue Formen dieser Wirtschaft erdungen und verwirklicht wurden, wurden dem Kapitalismus goldene Kläre errichtet. Aber die Vergottung der Macht des Geldes hat die menschlichen Unvollkommenheiten ihrer Schöpfer nicht beseitigen können. Unehrlichkeit, Gewinnstreben und Profitgier wuchsen ebenso üppig heran wie jene Gebilde. Was haben wir allein in den Grenzen unseres Landes alles erlebt in den letzten Monaten und Jahren! Der Kapitalismus hat die Zusammenbrüche nicht verhindern können, die in beängstigend rascher Folge die Stabilität der kapitalistischen Wirtschaftsordnung untergraben haben. Er hat auch nicht vermocht, die Welt zur Befinnung zu rufen, ebenso wenig wie er vermochte, Millionen von Arbeitern von seiner wundertätigen Kraft zu überzeugen. Nein, gerade das Drama der deutschen Wirtschaft hat offenbar gemacht, daß der Kapitalismus in seiner Reinkultur ein falscher Prophet ist, der goldene Berge verspricht, aber nichts anderes zu geben vermag als bittere Enttäuschung und öde Leere.

Was lag näher als den Staat für das Versagen des Kapitalismus verantwortlich zu machen? Den Staat mit seinen überpannten sozialen Tendenzen, mit seiner verfehlten Steuer- und Zollpolitik, mit seinem mangelden Interesse für das Wohlergehen der Wirtschaft? — Den Staat, der die freie kapitalistische Wirtschaft angeblich mit so drückenden Fesseln belastet und unfrei gemacht hat? Es gibt keine größere Rüge, als diese An-

Und dräut der Winter noch so sehr mit frohigen Gebärden, und streut er Eis und Schnee umher: es muß doch Frühling werden.

Und drängen Nebel noch so dicht sich vor den Blick der Sonne: sie wecket doch mit ihrem Licht einmal die Welt zur Sonne.

Blasf nur, ihr Stürme, blasf mit Macht! Mir soll darob nicht bangen: auf leichten Schwingen kommt doch der Zeit gegangen.

Da wacht die Erde grünend auf, weiß nicht, wie ihr geschehen, und lacht in den sonnigen Himmel hinauf und möcht vor Luft vergehen.

Drum still! Und wie es frieren mag, o Herz, gieb dich zufrieden; es ist ein großer Maientag der ganzen Welt beschieden.

Und wenn dir oft auch bangt und graut, als sei die Höll auf Erden: nur unverzagt auf Gott vertraut! Es muß doch Frühling werden!

Emanuel Geibel

klage des Kapitalismus. Solange der Staat ihm dienstbar war, war er ihm recht. Wie oft hat man nicht diese Hilfe des Staates für die Wirtschaft mißbraucht! Mit der Ruhrhilfe für die Schwerindustrie fing es an. Eine Lawine von Subventionen folgte, Subventionen für die Industrie, Subventionen schließlich auch für die Großagrarier, um sie für die scharfmacherischen Pläne der Unternehmerverbände der Industrie bündnisfähig zu machen. — Und wiederum rief man nach der Staatshilfe, als der drohende Zusammenbruch der Banken und Großkonzerne das Versagen des Kapitalismus offensichtlich machte. Der Staat gab der kranken kapitalistischen Wirtschaft die Krücken, auf der sie heute geht und die allein sie aufrecht erhalten haben. Es gibt darum keine größere Ironie, als wenn die gleichen Rufer nach dem Staate von damals heute gegen den Staat und den Staatssozialismus demonstrieren. In einem verantwortungslosen Optimismus haben jene Wirtschaftsführer ins Ungewisse hineingewirtschaftet. Mit Blindheit geschlagen, haben jene Wundermänner geglaubt, mit Hilfe eines mißbrauchten und ihnen gefügigen Staatsapparates die Welt aus den Angeln heben, zerstörte internationale Märkte aufbauen, fehlgeleitetes Kapital wieder in richtige Bahnen leiten zu können. Was ist geschehen? Sechs Millionen arbeitsloser Deutscher, Erwerbslosigkeit in allen Ländern, völlige Unordnung auf den Märkten, überhöhte Preise, gekürzte Einkommen — das sind die zwangsläufigen Folgen gewesen. So haben jene Propheten sich selbst unmöglich gemacht: Die kapitalistische Einflussnahme auf die Staatsgewalt kann nicht zum Ziele führen. Verderbliche und nachhaltige Wirkungen auf die seelische Verfassung der Massen sind die unmittelbaren Folgen gewesen.

Wo der Weg zur Staatsmacht nicht durch Gewaltmittel freigemacht werden konnte, wurden die politischen Parteien eingespannt. So sind auch in den Reihen dieser gewählten Volksvertreter dem Kapitalis-

mus gehorjame Rufer im Streit erstanden. Wir wissen, wie sie sich gebärden; wir kennen ihre Methoden so genau wie ihre Ziele. Im Wahlkampf der vergangenen Wochen hat mancher seine Maske lüften müssen, viele sind entlarvt und als das gekennzeichnet worden, was sie ihrer wahren Bestimmung nach in Wirklichkeit sind. Zu den wirtschaftsfeindlichen und -friedlichen liberalen alten Parteien haben sich neue Bundesgenossen gesellt, die sich von jenen nur durch ihre radikale Tonart und durch ihr verschwommenes Wirtschaftsideal unterscheiden. Es ist billig, Anträge zu stellen und Programme zu entwerfen und das flackernde Strohflecken einer künstlichen Begeisterung zu entfachen. Ungeheuerlich aber ist es, die entsetzliche Not des deutschen Arbeitervolkes für seine Lösung, in der einen oder anderen Variante von rechts und links, Industrieherrn und Militär spielen sich als Gralshüter sozialer Interessen auf. Nicht mit Mitteln eines geistigen Kampfes werden die Entscheidungen ausgetragen — solche Mittel sind heute nicht — nein, Wuchswaffen aller Gattungen müssen herhalten, um einem tragisch zerklüfteten Volk die Irrlehre einer neuen herrlichen Zeit heizubringen. Wellen des Radikalismus sind über das deutsche Land gestutet, neue Wellen rollen heran. Entfesselte Leidenschaften schrecken vor persönlichen Verunglimpfungen, vor Ehrabschneidungen und Verleumdungen nicht zurück. Blut fließt aus grenzenlos mißverständener Ueberzeugungstreue. Das traurige Ergebnis dieses Bruderkampfes haben die falschen Propheten auf dem Gewissen. Mitschuldig sind alle, die durch materielle oder ideelle Unterstützung den Kampf geschürt haben — ob sie in Klubesseln industrieller Unternehmungen, ob sie als Interessenvertreter krassen materialistischen Machtstrebens im In- und Ausland sitzen, ob sie das Ergebnis, wie wir es heute beklagen, gemollt haben oder nicht.

Was folgt daraus? Einmal die Erkenntnis, daß sich traditionell gebundene Auffassungen von Massen nicht mit Knütteln austreiben und neue, bestimmt nicht bessere, mit Peitsche und Zuckerbrot beibringen lassen — und zugleich die Aufforderung, daß die deutsche Arbeiterschaft, die ihr eigenes besonnenes Urteil hat, erfüllt vom dem Jorn der Gerechtigkeit, diese falschen Propheten aus dem entweihten Tempel volklichen Schaffens hinausjagen soll! Keiner von ihnen allen vermag in uns den Glauben an Auferstehung zu wecken.

Und so besinnen wir uns auf Besseres, auf anderes, von dem wir wahrhaft glauben, daß es aus den Segnungen der Vergangenheit und aus den treibenden Kräften der Zukunft eine Gegenwart schafft, in der wir als freie deutsche Menschen, als Werkleute des Tages, unser eigenes und eines Volkes Geschick tragen und neu gestalten. Ungeheure Not ist über uns hereingebrochen, in Millionen deutscher Arbeiterfamilien ist Frau Sorge ständiger Gast. Aus dem Dunkel unseres Schicksals drängen Klagen und Wünsche und bange Schreie der Verzweiflung in tausendfachem Chor an unser Ohr. Wann endlich bricht diesem Volk der strahlende Morgen des Osterfestes an? Wir glauben und wir hoffen, daß uns einmal dieser Morgen leuchtet. Wir haben den starken Willen, Leid zu ertragen, Kummer zu erdulden und auszuharren. Nur eines wollen wir nicht: Segen zines wehren wir uns mit allen letzten Kräften: gegen den seelischen Fiord, gegen Entrechtung und Verkladung. Für diesen Kampf setzen wir uns rücksichtslos ein — ganz gleich, wer uns den Fehdehandschuh hinwirft.

Deutsche, freie Arbeiter wollen wir sein, geachtet und geehrt. In uns fühlen wir den starken Willen, mitzuhelfen, den Schutt wegzuräumen, der sich vor unserem Wege aufhäuft, Aufbaubarbeit zu tun aus eigener selbstbewußter Verantwortung und unser Bestes herzugeben für eine nationale Wiedergeburt. In den christlichen Gewerkschaften ist in Einheit und Treue das Heer dorer formiert, die dieses Willens sind. Wer sie schlagen will, trifft uns, und wer uns trifft, dem zeigen wir ein klares Auge — und eine starke, stahlharte Faust!

Die erste Etappe

M. „Das deutsche Volk will Hindenburg.“ — „Hindenburg hat gefiegt“ — so schreibt die Presse über den Ausgang der Reichspräsidentenwahlen. Schon jetzt steht fest, daß auch im bevorstehenden zweiten Wahlgang Hindenburg Sieger bleiben wird. Das Abstimmungsergebnis — von 37,86 Mill. gültigen Stimmen 18,66 Mill. für Hindenburg, gegen 11,34 Mill. für Hitler, 2,56 Mill. für Duesterberg und 4,98 Mill. für Thälmann — beweist unwiderlegbar die überwiegende Entscheidung des deutschen Volkes für Hindenburg. Nur die verhältnismäßig geringe Stimmenzahl von 168 000 Stimmen fehlte, dann hätte Hindenburg schon im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit erreicht und damit die Stichwahl sich erübrigt. Bezieht man das Ergebnis der Saarwahlen in das Gesamtergebnis ein, so fehlten an dieser absoluten Mehrheit nur 20 000 Stimmen. So kann der endgültige Ausgang der Wahl nicht mehr zweifelhaft sein. Die aus formellen Gründen erforderliche Stichwahl am 10. April vermag an der tatsächlichen Wahl Hindenburgs kaum noch etwas zu ändern.

„Das deutsche Volk will Hindenburg“ — was besagt das? Wir verkennen die starke persönliche Bedeutung des Namens Hindenburg und seine Auswirkung auf Millionen Deutsche keineswegs. Er ist ihnen mehr als Parteimann oder politischer Kandidat — ist ihnen Begriff und Symbol. Begriff deutscher Treue und Verlässlichkeit, Symbol der Führung des Verantwortungsbewußtseins und der Gerechtigkeit. Das aber ist es, was den Sieg Hindenburgs entscheidend bestimmte und inneren politischen Sinn gibt: das deutsche Volk in seiner Mehrheit will Zuverlässigkeit und Verantwortungsbewußte Führung, will eine Politik der Stetigkeit und sozialen Gerechtigkeit. Das ist die tiefere Bedeutung dieses Wahlergebnisses, das nicht durch parteipolitische Erwägungen bestimmt wurde. Menschen und Parteien haben sich für Hindenburg entschieden, die jahrelang politisch nicht zusammen auskommen konnten und sich feindlich gegenüberstanden. Grundtätliche Ueberzeugung überbrückte alle politischen Gegensätze und führte sie zusammen — in der Erkenntnis ihrer nationalen und sozialen Verantwortung.

Und das geschah — vergessen wir es nicht — trotz einer wirtschaftlichen und sozialen Not, unter der Millionen Menschen leiden bis hart zur Hoffnungslosigkeit und Verzweiflung, bis hart zum politischen Zerwerden und Verfallen an Phrasen und billige politische Demagogie und Verprechung. Und wie hat man gekämpft in diesem Wahlkampf gegen die bessere Einsicht, wie hat man versucht, die Vernunft zu benebeln und aus der Not des Volkes politischen Profit zu schlagen! Welcher Belastungsprobe eines wahren Trommelfeuers der politischen Propaganda und Stimmungsmache war die moralische Widerstandskraft, die politische Urteilsfähigkeit und wirtschaftliche Erkenntnis der Wähler ausgesetzt! Wie lockte der Radikalismus des politischen Experimentes mit radikalem Ueberhang, falschem Heldentum und Aufpeitschung der oligarchen gemeinschaftsfeindlichen Instinkte zur Gefolgschaft und zur Abkehr von Besonnenheit und Ueberlegung! Wie feil waren die Verprechungen!

„Hindenburg hat gefiegt“ — die Vernunft hat gefiegt! 18,6 Millionen Menschen haben trotz aller Lockungen, trotz dieses Trommelfeuers auf Geminnung und Ueberlegung die Vernunft behalten. Für keine Verprechungen sozialen oder politischen Vorteils, für keine Verheißungen goldener Zukunft — sondern für die, daß so unheimbare Garantie verantwortlicher politischer Führung, 18,6 Mill. Menschen haben ihr nüchternes Urteil gewahrt und sich gegen gewalttätige, leichtsinnige politische Experimente entschieden. — Haben sich entschieden gegen Diktaturgelüste und sozialreaktionäres Machiaveltieren. Das war es, was insbesondere auch die deutsche Arbeiterchaft zu dieser Entscheidung bestimmte: die Gefahr, die von verantwortungslosen politischen Machiaveltieren den sozialen Rechten unseres Volkes droht, hat uns zusammengeschweißt zu einer starken Front der Abwehr.

Zum zweiten Male ist so der soziale Volkshaat der deutschen Nation gerettet worden vor Unsturz und Diktatur. Wiederum durch die deutsche Arbeiterchaft. Das erste Mal in jenen Tagen, als vor zwölf Jahren der Rapp-Bußch drohte, die Volksmacht zu brechen. — Als der Generalfreik der Arbeiterchaft jenen Unsturzleim des Handwerks legte. Zum zweiten Male am 13. März 1932, der wiederum ein Schicksalsstag Deutschlands werden sollte. Der Schlag ist abgewehrt — wieder hat die Front der Arbeiterchaft gehalten.

Das war die erste Etappe. Die zweite wird in der politischen Entscheidung die endgültige Wahl Hindenburgs sein. Im Sozialen aber greift sie weiter. Hier muß der Angriff die Folgerung unserer Entscheidung von gestern sein. Der Angriff noch heute und morgen, der Angriff unablässig gegen die Feinde unserer Bewegung und Lebensrechte.

Erst dann wird der Sieg Hindenburgs, der Sieg der Vernunft und sozialen Verantwortlichkeit ganz errungen, wenn wir diesen Angriff zum vernichtenden Gesamtschlag gegen die soziale Reaktion geführt haben. Erst dann ist der Erfolg sicher, wenn — aufgewacht und einig, geschlossen in unserer Bewegung — die ganze Textilarbeiterchaft sich dafür einsetzt.

Dem Vorstoß der sozialen Reaktion muß jetzt der Gegenstoß der Arbeiterchaft folgen, im

Kampf für Recht und Freiheit!

Einigkeit und Recht und Freiheit!

Die christlichen Gewerkschaften sind parteipolitisch neutral. Aber diese parteipolitische Neutralität ist keineswegs ein Verzicht auf jede eigene Stellungnahme zu politischen Fragen. Und sie darf auch nicht so verstanden werden, als ob christliche Gewerkschaftsmitglieder jeder Partei angehören könnten. Hier sind Grenzen gezogen. Die Grundsätze und das Programm einer Partei, der Mitglieder der christlichen Gewerkschaften angehören wollen, dürfen den Grundsätzen und den Aufgaben der christlichen Gewerkschaftsbewegung nicht widersprechen. Es darf aber auch die praktische Politik einer solchen Partei sich nicht gegen die Arbeitnehmer oder gegen das richten, was die christliche Gewerkschaftsbewegung erstrebt. Es kann also ein Mitglied einer christlichen Gewerkschaft nur einer solchen Partei angehören oder für sie stimmen, die weltanschaulich und praktisch mit dem christlichen Gewerkschaftsverständnis übereinstimmt. Demgemäß scheiden für die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften aus weltanschaulichen Gründen die materialistisch-sozialistischen Parteien aus. Ihrer praktischen Politik wegen müssen aber auch andere Parteien und politische Bewegungen gemieden werden, wenn auch der weltanschauliche Gegensatz weniger auffällig ist als im vorgenannten Fall.

Das zu betonen ist notwendig, weil gegenwärtig eine parteipolitische Bewegung mit irreführenden Schlagworten sehr aufdringlich um die Gunst der Arbeitnehmer wirbt, deren geistige Verfassung mit unserer Weltanschauung im Widerspruch steht und deren politisches Ziel bedenklich unklar und unsicher ist. Der äußere Anlaß zu dieser sehr lärmenden parteipolitischen Propaganda war die Reichspräsidentenwahl. Es ist in verantwortungsbewußter Würdigung unserer großen wirtschaftlichen Not, unserer bedrückten außenpolitischen Lage und der überregenden Persönlichkeit des Herrn Reichspräsidenten von Hindenburg versucht worden, diesen Wahlkampf zu vermeiden. Aber die Kreise, die anderen gegenüber viel von Gefolgschaftstreue, Tradition und anderen nationalen Tugenden reden, haben darauf bestanden, daß dieser Wahlkampf, der das politische Ansehen unseres Volkes keineswegs stärkt, durchgeführt wird. Sie wollen die Macht, ohne eine Gewähr dafür bieten zu können, daß sie dieselbe zum Wohle des Volkes gebrauchen werden. Sie wollen die Macht, ohne überhaupt ein positives Ziel zu haben! Und das verpflichtet die christlichen Gewerkschaften, wachsam zu sein. Denn in diesen Kreisen, die sich fälschlicherweise als „Nationale Opposition“ bezeichnen, sind Kräfte und Personen führend tätig, die der deutschen Arbeiterchaft bekannt sind und zu denen der selbstbewußte Arbeitnehmer kein Vertrauen haben kann. Diese „Nationale Opposition“ ist überhaupt ein sonderbares Gemisch von national-revolutionärem Phrasentum und sozial-reaktionärer Rückschändigkeit und Selbstsucht. Alles ist vertreten: Gutsbesitzer, Kleinbürger,

Studenten, ehemalige Offiziere, die sich nach einem Kommando sehnen, Schwerindustrie usw. Es ist eine Sammlung von Unzufriedenen. Und da es gegenwärtig viele Unzufriedene gibt, ist diese Sammlung sehr umfangreich, aber dadurch auch sehr unübersichtlich geworden.

Einig ist sich die „Nationale Opposition“ nur in dem einen: sie will die Macht! Wie sie diese Macht gebrauchen will, darüber kann sie sich nicht einig werden. Nicht einmal über die Verteilung. Ihre Agitatoren reden viel und sehr laut, aber nicht unmissverständlich von einem „System“, das sie beseitigen wollen. Welches System sie meinen, das kann bei oberflächlicher Beurteilung nicht einmündig festgestellt werden. Wenn sie damit das „System der Parteiherrschaft“ meinen, dann wären sie, insofern ein solches System noch bestehen würde, am wenigsten geeignet, es zu beseitigen. Denn ihr System ist schonungsloser Bestimmungsterror, und ihr Ziel ist schrankenlose Parteiherrschaft. Im übrigen aber wird — um nur ein Beispiel anzuführen — der Herr Geheimrat Hugenberg darunter etwas ganz anderes, wahrscheinlich das Gegenteil von dem verstanden, was sich einer der irreführenden Arbeiter, die ihm folgen, sich dabei denkt.

Die christlichen Gewerkschaften haben nie etwas gehalten von einem Wortradikalismus, der zwar die Agitation sehr, dem Arbeiter aber nicht sein schweres Dasein und der Arbeiterchaft auch nicht den Aufstieg erleichtert. Von dem, von der vereinten sozialen Reaktion geförderten Radikalismus halten wir erst recht nichts. Wir wissen, daß politische Gewaltmaßnahmen, ganz gleich von welcher Seite sie ausgehen, unsere schwere Not nicht lindern, wohl aber verschärfen können. Wir wollen keine radikalen Phrasen, wir wollen soziale Taten! Und solange diese fehlen, haben wir allen Grund, den radikalen Phrasen zu mißtrauen. Wir wollen, daß mit dem geistigen, lärmenden und lähmenden parteipolitischen Agitationsrummel endlich Schluß gemacht wird! Die Aufspaltung unseres Volkes in Parteilager, die sich mit der Absicht gegenseitiger Vernichtung gegenübersehen, muß zum Untergang führen. Solange parteipolitische Leidenschaft und parteipolitische Haß sich so ungehemmt auswirken können, solange ist an einen wirtschaftlichen Aufstieg nicht zu denken, ganz gleich, was sonst geschehen mag. Das bittere Los der sechs Millionen Arbeitslosen zu mildern und endlich zu bessern, das ist uns viel, aber viel wichtiger, als das von Wahnsinn kaum noch zu unterscheidende Spiel eitler und großemahnstümmiger Parteidemagogen!

Unser Volk steht vor einer schicksalsschweren Entscheidung. Es hat zu entscheiden, ob es durch Einigkeit und Recht zur Freiheit, oder durch Haß und Gewalt zum Untergang gelangen will. Wir wollen durch Einigkeit zum Recht und zur Freiheit! Wenn wir das alle ernsthaft wollen, dann kann uns niemand und nichts aufhalten. Und wir wollen!

Tatsachen, die wir erkennen müssen

Wirtschaftliche und soziale Not lasten schwer auf der deutschen Arbeiterchaft. Große, ja fast unerträgliche Opfer sind von ihr zur Ueberwindung der gegenwärtigen Krise gebracht worden. Besonders die letzte Notverordnung vom 8. 12. 1931 hat die Einkommensverhältnisse der Arbeiterchaft stark gesenkt. Wir alle haben das am eigenen Leibe erfahren. Man hätte deshalb hoffen können, daß jene Kreise, die seit langer Zeit gegen die Gewerkschaften und die jetzige Reichsregierung einen starken Kampf führen, nun die Reichsregierung mit voller Aktivität unterstützen würden. Doch weit gefehlt. Schauen wir zurück auf die Geschehnisse der letzten Zeit: Noch ehe die Notverordnung vom 8. 12. 1931 erlassen war, stand die deutsche Arbeiterchaft in einem harten Lohnkampf. Fast alle Tarifverträge sämtlicher Industriezweige waren von Arbeitgeberseite gekündigt. Die Lohnabbauforderungen der Arbeitgeber überstiegen weit den Lohnabbau der Notverordnung. Lohnabbau von 30 Prozent und mehr war die Forderung der Arbeitgeber. Damit nicht genug. Die Zerstückelung der Tarifverträge und die Beseitigung des Schlichtungswesens wurden als Hauptforderung gestellt. Willkürliche Entlohnung der Arbeiterchaft und Freiheit in der Preispolitik war das Ziel der reaktionären Arbeitgeberfront. Nur durch die Notverordnung vom 8. 12. 1931 und den Einfluß der Gewerkschaften wurde die geplante Reaktion der Unternehmer zurückgehaltem. Den frivolen Abworderungen der Unternehmer wurde ein Damm gesetzt. Tarifvertrag und Schlichtungswesen blieben der Arbeiterchaft erhalten. Somit kann man sagen, ist die Notverordnung, trotz ihrer harten Auswirkungen, ein wichtiges Bollwerk gegen reaktionäre Pläne der Unternehmer. — Da es nun den Gewerkschaften gelungen ist, frivolen Lohnabbauforderungen entgegenzuwirken, Tarifvertrag und Schlichtungswesen zu erhalten, führt die Reaktion ihren Kampf weiter, vornehmlich gegen die christlichen Gewerkschaften. Schaut man einmal zurück und erinnert sich, was die Gewerkschaften im letzten Jahrzehnt für die Arbeiterchaft erkämpft und errungen haben, so kommt man zu der Erkenntnis, daß die Arbeiterchaft noch vieles zu verlieren hat, wenn die Arbeiterchaft es nicht versteht, aus eigener Kraft der Reaktion härtesten Kampf anzulegen. Der Kampf der reaktionären Front, der Arbeiterchaft ihre berechtigten Existenzgrundlagen und einen tollkühn verankerten Lohn zu rauben, wird offen weitergeführt. Warum führt die Reaktion den Kampf gegen die Gewerkschaften?

Weil es nur die Gewerkschaften sind, die für die Interessen der Arbeiterchaft eintreten. Weil der deutschen Arbeiterchaft nur durch die Tätigkeit der Gewerkschaften ein Aufstieg zuteil wurde. Das Ziel der reaktionären Front, die Arbeiterchaft wieder in Vorkriegsverhältnisse zurückzuführen, wird nie gelingen, solange es noch eine partei-politisch-nationale Gewerkschaftsbewegung gibt. Darüber herrscht im Arbeiterlager völlig Klarheit. Deshalb die Parole aus dem Arbeiterlager: „Kampf mit den Gewerkschaften.“ Wir alle, und wir alle müssen erkennen, daß wir als Arbeiterchaft vor schweren Entscheidungen stehen. Es

geht um das Höchste und Letzte, um das Sein oder Nichtsein der deutschen Arbeiterchaft. Das reaktionäre Vorgehen der Unternehmer und der gehässige Kampf gegen unsere Gewerkschaften muß uns zum Handeln zwingen. Die kommenden Kämpfe sind keine Kämpfe um Einzelorderungen, es geht vielmehr um letzte Entscheidungen, um die Existenz unseres Standes. Es wäre unverantwortlich, den reaktionären Kreisen den Kampf gegen unsern Stand und unsere christlich-nationale Gewerkschaftsbewegung zu erleichtern. Zur gemeinsamen Abwehr müssen wir zusammenstehen.

Kollegin und Kollege! Erkenne diese Tatsachen und überlege, wie du deiner Standes- und Gewerkschaftspflicht nachkommst! Seien wir alle bereit und gerüstet, wenn es heißt: „Alle Mann an Bord, der Kampf um unsere Zukunft beginnt.“ Es ist noch eine Stunde vor Mitternacht. Viele haben noch nicht erkannt, welche große Gefahr der deutschen Arbeiterchaft droht. Den Unorganisierten Glauben zu geben und sie zu Überzeugungen von unserer gewerkschaftlichen Kraft, ist der Stunde höchstes Gebot. Darum nützen wir die Zeit, um unsere Kraft zu festigen. Schließen wir unsere Reihen fester, daß, wenn der reaktionäre Feind kommt, wir stark sind, um die reaktionären Forderungen abzuwehren. J. S.

Sind Betriebsratsmitglieder vogelfrei?

Ueber diese Frage folgendes. Vor dem Arbeitsgericht in R. . . stand am 15. Februar die Betriebsratsvorsitzende der mech. Baumwollseimweberei M. & St., die nach Ansicht des Herrn Direktor S. und seines Vertreters Dr. R. aus St. als Mitglied des Betriebsrats abgesetzt werden sollte auf Grund des § 39 Ziffer 2 des BtRG. (gröbliche Verletzung der Pflichten). Der Tatbestand war folgender: Die Firma hatte ihrer Belegschaft einen Lohnabbau von nicht weniger als 20 Prozent angemeldet ohne Einhaltung der vertraglichen Kündigungspflicht. Darüber aufgeregt, verlangte die Belegschaft eine Betriebsversammlung. Die Betriebsratsvorsitzende war auf Grund des § 46 Abs. 1 verpflichtet, diese einzuberufen. In dieser Versammlung wurde der Geschäftsführer unseres Verbandes beauftragt, den zu unrecht abgesetzten Betrag, der bei 43 Klägern und Klägerinnen nicht weniger als 465 Mark in 14 Tagen ausmachte, beim Arbeitsgericht einzuklagen. Die zur Klage notwendige Vollmacht wurde in der Versammlung von 35 Teilnehmern unterzeichnet. Die noch fehlenden 8 Unterschriften holte die Arbeiterratsvorsitzende im Betrieb vor und nach der Arbeitszeit ein. Nachdem die Abschrift der Klage in die Hände der Reaktion gelangte, erreichte dieselbe durch ihre Drohungen, daß die Kläger und Klägerinnen zu 90 Prozent die Klage durch Unterschrift zurückzogen. Nun glaubte die Betriebsleitung die oben erwähnte Klage anstrengen zu können, weil Unterschriften sammeln im Betrieb während der Arbeitszeit auf Grund der Arbeitsordnung verboten sei. Das Gericht gab dem Antrag nicht statt, weil es in diesem Falle keine gröbliche Verletzung des BtRG erblickte konnte. Der Antrag wurde abgemieden, die Klägerin hat die Kosten zu tragen. Für die Arbeiterchaft ist dies erneut wieder eine Lehre, die Errungenschaften auf diesem Gebiete höher wie bisher zu werten. J. S.

Die sächsischen Textilindustriellen fordern

Nach einjähriger Unterbrechung fand in den ersten Märztagen d. J. zum ersten Male die Jahreshauptversammlung des Verbandes von Arbeitgeber der sächsischen Textilindustrie, Sitz Chemnitz, wieder in größerem öffentlichen Rahmen statt. In diesen zwei Jahren seit der letzten größeren Kundgebung des Verbandes hat die wirtschaftliche Lage eine weitere Verschlechterung erfahren, die zu einem Tiefstand der Konjunktur führte, der in seiner Schärfe und Dauer noch über das Ausmaß der Krise vom Jahre 1926 hinausgeht. Die Arbeitnehmerschaft hat in diesen zwei Jahren der Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und des Lohnabbaues und Abbaues der Sozialversicherung Opfer gebracht wie kaum ein anderer Volksstand. Die Krise konnte dadurch, wie vorauszu sehen war, nicht behoben werden. Die Entwicklung der Beschäftigungslage bestätigte vielmehr den oft wiederholten Hinweis der Gewerkschaften, daß mit der dauernden Einschränkung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft notwendigerweise ein dauernder gleichlaufender Rückgang der Absatzmöglichkeit und damit der Produktionstätigkeit der Industrie verbunden sein mußte. Insbesondere die Textilindustrie wird dadurch erfahrungsgemäß besonders stark betroffen. Sie ist eine Industrie jener Bedarfsgegenstände, die in der notwendigen Einschränkung der lebenswichtigen Anschaffungen zuerst ausfallen und so besonders an die Kaufkraft der breiten Massen gebunden ist. Einsichtige Textilindustrielle haben das in der Erfahrung der letzten Jahre längst erkannt; ihre Mahnung bringt freilich kaum an das Ohr der Öffentlichkeit. Eine engstirnige Einstellung, die nur das Gebiet Lohn- und sozialpolitischer Ersparnismöglichkeiten sieht, verhindert, daß diese Einsicht auch in die notwendige Praxis einer Kaufkraftstärkung der breiten Käufermassen umgesetzt wird.

Das gilt, wie die stattgefundenen Jahreshauptversammlung in Chemnitz wiederum zeigt, auch für die sächsischen Textilindustriellen. Ihre Beurteilung der wirtschaftlichen Lage steht nach wie vor unter dem engen Gesichtswinkel einer einsichtigen Gegnerschaft unserer Lohn- und Sozialpolitik, die mit allen Mitteln bekämpft wird. Das bestatigte nicht allein der Jahresbericht des geschäftsführenden Vorstandes des Verbandes, sondern auch das grundlegende Referat, welches Dr. Bellmann über den „Kampf des Textilarbeiters gegen staatliche Fesseln und Eingriffe“ auf der Generalversammlung hielt. Es ändert nichts an dieser kurzfristigen Einstellung des sächsischen Textilindustriellenverbandes, wenn Dr. Bellmann sich bemühte, seine Angriffe gegen die deutsche Sozialpolitik damit zu motivieren, daß er dieselbe mit Sozialfiktur schlechthin gleichzustellen versuchte. So erfreulich es sein mag, daß der sächsische Textilindustriellenverband im Gegensatz zu früher einen klaren Trennungstrieb zwischen sozialistischen und christlichen Gewerkschaften zieht, so zeigt diese Gleichstellung von Sozialpolitik und Sozialismus doch, daß diese grundsätzliche Erkenntnis längst nicht bis zu der logischen Konsequenz auch in der Beurteilung der deutschen Sozialpolitik als solcher gedrungen ist. Nach wie vor ist in dieser Verkennung der Wirklichkeit die Sozialpolitik für die Unternehmer das rote Tuch, an dem sächsische Beurteilung scheitert. Das ist im wirtschaftlichen Interesse ebenso wie im Interesse eines erprobtenwertigen sachlichen Zusammenarbeitens zwischen Arbeitnehmerschaft und Arbeitgebern gleichermaßen bedauerlich.

So richtete sich der Angriff der sächsischen Textilindustriellen wieder vornehmlich gegen die angebliche „Zwangsbewirtschaftung der Löhne“ durch den Staat, gegen Arbeitszeitverordnung, Tarifvertragsverordnung, „Zwangslohn“ und Unabdingbarkeit, und nicht zuletzt auch gegen das Betriebsrätegesetz, die Mitwirkung der Betriebsräte, Betriebsräteentlassungsschutz, Stilllegungsverordnung, Schwerbeschäftigtengesetz und die gesamten Sozialversicherungsgeetze. Die Stellungnahme nach dieser Seite ist noch immer völlig negativ und entbehrt bedauerlicherweise jeden Bestrebens, wenigstens in Einzelfragen, eine bejahende oder zum mindesten entgegenkommende Einstellung zu finden. Noch immer gilt der Kampf den angeblich zu starren und zu hohen Löhnen, trotzdem auch Dr. Bellmann zugeben muß, daß in Auswirkung der Notverordnung dieselben in Uebereinstimmung mit der seinerzeitigen Unternehmerforderung auf den Stand von 1927 zurückgeführt worden sind. Dieser allgemeine Lohnabbau, der die seinerzeitigen Wünsche der Unternehmer also voll erfüllte, befriedigt sie dennoch nicht. Ziel ist nach wie vor die Befreiung der Lohngestaltung von jeder gesetzlichen und tariflichen Bindung, die es besonders ermöglicht, ohne Mitbestimmung der Betriebsräte die Akkordlöhne frei nach dem Ermessen der Unternehmer abzubauen und festzusetzen. Besonders gegen dieses lohnpolitische Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte und gegen deren Einspruchsrecht bei Entlassungen, richtet sich der weitergehende Angriff der Unternehmer. In gleicher Weise gilt ihr Kampf gegen die Mitbestimmung der Belegschaftsvertretungen in der Festsetzung der Arbeitszeit, deren Regelung wieder voll dem freien Ermessen der Arbeitgeber überlassen werden soll. Es liegt auf der Linie dieser Stellungnahme, daß sie sich in gleicher Weise auch gegen das ohnehin unzulängliche bestehende Stilllegungs- und Entlassungsrecht richtet. Die Forderung nach dieser Seite hin ist: „Beseitigung des Stilllegungs- und Entlassungsschutzrechtes“. Dieselbe Tendenz zeigt auch die Stellungnahme der sächsischen Textilindustriellen zur Sozialversicherung. Immer noch wird in den Sozialbeiträgen des Unternehmers lediglich die „Belastung“ gesehen, die die Wirtschaft nicht tragen kann. Die volkswirtschaftliche Seite des Problems der Sozialversicherung wird nicht erkannt.

Es ändert an dieser negativen Stellungnahme der sächsischen Industriellen nichts, wenn diese Forderungen mit der Versicherung von der Verantwortlichkeit der Arbeitgeber in rechtlicher und ethischer Hinsicht für den Bestand seines Betriebes verbrämt wird. Solange die Gesamteinstellung der Unternehmer zur Arbeiterschaft zu den sozialen Belangen der Arbeiterschaft keine positivere ist, kann die deutsche Arbeitnehmerschaft ihre Rechte

nicht auf eine solche platonische Versicherung hin preisgeben. Wir können es verstehen, daß der Unternehmer unter den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen, unter den Einengungen, die ihm zwangsläufig aus sozialen und staatspolitischen Notwendigkeiten auferlegt sind, sich beengt fühlt. Wir können insbesondere auch verstehen, daß der Formalismus, der sich insbesondere hinter Vermahnungs- und Steuerpolitik von heute auswirkt, ihn schwer belastet. Das braucht aber keineswegs zu jener Affrontstellung gegen die Sozialpolitik an sich zu führen, wie die Unternehmer sie einnehmen. Positivere anderweitige Vorschläge einer besseren Sozialpolitik haben wir zudem von Unternehmerseite bis heute nicht gehört. Ihre Kritik bleibt nur negativ, bleibt ablehnend und weist keine neuen Wege. Ihre Vorschläge erschöpfen sich nur im Abbau und in einer Gefährdung und Verschlechterung der ohnedies harten wirtschaftlichen Notlage der Arbeiterschaft. So lange so die Einstellung der Unternehmer — auch der sächsischen Industriellen — bleibt, können wir uns mit ihnen nicht finden. Die Arbeiterschaft muß sich im Gegenteil gegen all diese negativen Angriffe auf ihre sozialen Belange entschieden zur Wehr setzen.

Ihr wahres Ziel

Die Forderung auf Verringerung der Kosten für die Arbeitslosenfürsorge wird immer stärker erhoben. Meistens wird dabei eine Zusammenlegung von Versicherung und Fürsorge das Wort geredet. Durch eine solche Zusammenlegung hofft man — vermittelt scharfer Prüfung

der Bedürftigkeit — wesentliche Einsparungen am Etat der Arbeitslosenfürsorge zu machen.

Neuerdings wird sogar ein Abbau der Arbeitslosenfürsorge gefordert. Auf der Tagung des Verbandes Sächsischer Industrieller trat der Vorsitzende dieses Verbandes, Herr Wittke, ganz offen hierfür ein. Er erklärte unter anderem, durch befristeten und gestaffelten Abbau der Arbeitslosenfürsorge seien Mittel zu gewinnen, um mit Hilfe einer inneren Kreditaufnahme den Staat in die Lage zu versetzen, Aufträge zu vergeben. Leider hat Herr Wittke vergessen, anzugeben, wovon die Arbeitslosen in der Zwischenzeit — bis sie Arbeit erhalten — leben sollen. Die Unterhaltungen für die Arbeitslosen reichen nur zur Fröhen einer ganz kümmerlichen Existenz. Sehr oft müssen die Leistungen der Versicherung durch die öffentliche Wohlfahrt ergänzt werden, um vor dem Schlimmsten zu bewahren.

In der Erklärung des sächsischen Industriellen vom befristeten und gestaffelten Abbau der Arbeitslosenfürsorge kommt das zum Ausdruck, was wir als wahres Ziel dieser Kreise immer hingestellt haben, nämlich: Abbau der gesamten Sozialversicherung. Die gegenwärtige Notzeit mit ihrer grenzenlosen politischen Verwirrung scheint gewissen Kreisen günstig zu sein für die Verwirklichung ihrer weitgehenden sozialpolitischen Forderungen.

Die Arbeiterschaft hat es in der Hand, diesen Elementen das Handwerk zu legen. Von jeher waren die Gewerkschaften die stärksten Verfechter der deutschen Sozialversicherung. Ihrer rastlosen Arbeit ist es zu danken, wenn die Arbeiterschaft in dieser Zeit der Not vor dem Schlimmsten bewahrt blieb. Deshalb ist die Arbeit am Ausbau unserer Bewegung die beste Abwehr gegenüber allen reaktionären Forderungen.

Neue Tarifwünsche der Unternehmer!

Die badischen Textilarbeitgeber fordern erneut eine Lohnsenkung von 8 Prozent!

Der Verband Süddeutscher Textilarbeitgeber Landesgruppe Baden hat den durch Schiedspruch vom 18. Januar d. J. zustandekommenen Lohnsatz für Ende März gekündigt. Er fordert eine neue Kürzung der Löhne um 8 Prozent. Am 11. März fanden in der badischen Arbeiterschaft für die Textilindustrie die Verhandlungen über den Neuaufschluß eines Lohnsatzes statt. Die Arbeitgeber beharrten auf ihrem Antrag auf Herabsetzung der Löhne um 8 Prozent. Die Gewerkschaften lehnten jede weitere Lohnherabsetzung unter den durch die Notverordnung festgelegten Stand entschieden ab. Die Löhne in der badischen Textilindustrie sind auch jetzt schon so niedrig, daß eine weitere Kürzung nicht mehr zu verantworten ist. Der Lohn des 20jährigen Hilfsarbeiters beträgt zur Zeit 43 Pfg. pro Stunde, für die Hilfsarbeiterin 32 Pfg. Der 25jährige Hilfsarbeiter verdient 50 Pfg. pro Stunde und die gleichaltrige Hilfsarbeiterin 40 Pfg. Ein Baumwollweber auf vier Stühlen erhält 59 Pfg. pro Stunde, die gleichaltrige Weberin 55 Pfg. Für die Seidenstoffweber beträgt der Lohn 55 Pfg., für die Seidenstoffweberin 51 Pfg. pro Stunde. Die Arbeitgeber haben nun sich aus den Schlichter für Süddeutschland um Vertragshilfe angerufen. Sie hoffen mit Hilfe der staatlichen

Schlichtungsinstanzen ihre Abbaupläne verwirklichen zu können. Die Gewerkschaften werden alles daran setzen, diese Pläne zu verhindern.

Die sächsischen Textilindustriellen wollen die Ferien für die Arbeiter beseitigen!

Die Löhne für die Arbeitnehmer sind durch die Notverordnung so tief gedrückt, daß eine weitere Senkung nicht mehr möglich ist. Das trifft besonders für die Arbeiterschaft in der Textilindustrie zu. Jetzt versuchen anscheinend die Arbeitgeberverbände in der Textilindustrie über die Manteltarife der Arbeiterschaft weitere Verschlechterungen aufzuzwingen. So sind die Manteltarife für ganz Westfalen, für den Oberbergischen Bezirk und für Westfalen für Ende April gekündigt. Die westfälischen Textilarbeitgeber fordern unter anderem: „Daß ein Entgelt für den Urlaub nach gewährt wird und daß die durch Kurzarbeit ausfallenden Arbeitstage auf den tariflichen Urlaub anzurechnen sind.“

Diese Forderung der sächsischen Unternehmer bedeutet eine glatte Beseitigung der Ferien überhaupt. Die Arbeiterschaft wird sich eine derartige weitere Verschlechterung nicht mehr gefallen lassen können und alles tun, um die Forderungen der Unternehmer abzuwehren.

Bezirkskonferenz Bayern

In den Tagen des 5. und 6. März 1932 fand in Augsburg die diesjährige Bezirkskonferenz unseres bayerischen Verbandsbezirktes statt. Bezirksleiter Kollege Hillenkötter konnte einleitend die gute Beschickung der Konferenz hervorheben. Sein besonderer Gruß galt dem an der Konferenz teilnehmenden Vertreter des Hauptvorstandes, Verbandsvorsitzenden Kollegen Jahrenbrach.

Nach den notwendigen geschäftlichen Erledigungen erstattete Verbandsvorsitzender Kollege Hillenkötter ein Referat über „Wichtige Gegenwartsfragen“. Von großer Warte aus betrachtend, zeichnete er ein Bild über die durch mannigfache Umstände hervorgerufene große Weltkrise. Im weiteren Verlauf seines Referates ging Kollege Jahrenbrach dann auf die Lage des Verbandes und die Rückwirkungen der Krise auf die Bewegung ein. Die vielfachen Schwierigkeiten verursachten größere Ausgaben bei teilweise wesentlich geringeren Einnahmen. Wenn trotzdem der Verband seinen Anforderungen immer gerecht geworden sei, so zeugt das von der inneren Stärke und der soliden Finanzwirtschaft des Verbandes. An den Mitgliedern liege es, den Verband als die schlagkräftige Einrichtung zu erhalten, derer sie in den schwierigen Zeiten doppelt bedarf.

Anschließend an dieses Referat gab Bezirksleiter Kollege Hillenkötter den Jahresbericht. Derselbe wurde auch in überflüssiger Zusammenfassung den Delegierten schriftlich ausgehändigt. Dem Jahresbericht lag die erfreuliche Tatsache zugrunde, daß trotz der schwierigen Verhältnisse im bayerischen Verbandsbezirk die Bewegung nicht nur stabil blieb, sondern daß auf verschiedenen Gebieten noch recht anerkennenswerte Erfolge erzielt werden konnten. Die Geschäftslage war in Bayern im Jahre 1931 uneinheitlich, wenn sie auch etwas besser war als im Reichsdurchschnitt. Die Rationalisierungsmaßnahmen setzten sich besonders in der Baumwollindustrie fort. In den Baumwollwebereien war es mehrfach möglich, durch Sonderverträge einen Ausgleich für die Mehrleistungen zu erzielen. Leider brachte das Jahr 1931 in Bayern ein verstärktes Anwachsen der Schichtarbeit, was im Hinblick auf die Vielzahl der beschäftigten Frauen sehr bedauerlich ist. — Die Mitglieder-, Beitrags- und Kassenvorfälle sind befriedigend. Der Mitgliederstand am Schlusse des Jahres 1931 war noch höher als der des Vorjahres. Bei den Betriebsräte wahlen konnten ebenfalls Erfolge erzielt werden. Sehr gut konnte ferner im Berichtsjahre die Jugendbewegung voran gebracht werden. Kollege Hillenkötter schloß den

Bericht mit der Bitte, in der Verbandsstätigkeit nicht stehen zu bleiben, sondern mit starkem Glauben und festem Willen weiterzuarbeiten, zum Erfolg unserer Sache.

Die dem Referate des Kollegen Jahrenbrach sowie dem Geschäftsbericht des Kollegen Hillenkötter folgende Diskussion stand auf einem beachtlichen geistigen Niveau. Besonders erfreulich war hierbei auch die positive Einstellung der Diskussionsredner zu allen aufgeworfenen Fragen, die am deutlichsten die innere Anteilnahme an dem Geschehe des Verbandes verriet. Allgemein wurden die fortschreitenden Rationalisierungsmaßnahmen und die überhandnehmende Schichtarbeit bedauert. Von der Mehrzahl der Diskussionsredner wurde deutlich zum Ausdruck gebracht, der Schichtarbeit wie sowohl den Bestimmungen über Frauen- und Jugendschutz erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden. Sämtliche Delegierten lehnten den in einigen Ortsgruppen auftauchenden Gedanken einer Beitragsenkung entschieden ab unter dem Gesichtspunkt, daß dadurch die Schlagkraft des Verbandes geschwächt würde. Nur eine gute finanzielle Grundlage des Verbandes verbürgt auch eine gute Interessenvertretung der Arbeiterschaft. In diesem Zusammenhang wurde auch die Notwendigkeit der wöchentlichen Beitragskassierung besonders hervorgehoben. Sämtliche Diskussionsredner unterstrichen die Notwendigkeit verstärkter Arbeit. Nicht unerwähnt sei hier auch die interessante und erfreuliche Polemik der Vertreter der verschiedenen Jugendgruppen, für gute Verbandsarbeit das Bezirksbanner zu erringen.

Ein weiteres Referat des Verbandsvorsitzenden, Kollegen Jahrenbrach, über gewerkschaftsfeindliche Strömungen und unsere nächsten Aufgaben unterstrich noch die große Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung in der heutigen Zeit. Mit dem Appell, die Zeichen der Zeit zu erkennen, schloß Kollege Jahrenbrach dieses mit erhöhter Aufmerksamkeit verfolgte Referat.

Nach Tätigung der notwendigen Wahlen konnte Bezirksleiter Kollege Hillenkötter mit einem kurzen Schlusswort die Konferenz zum Abschluß bringen. Er unterstrich hierbei den außerordentlich guten und positiven Geist, der dieser Konferenz das Gepräge gegeben habe und zu weiteren guten Hoffnungen berechtigt. Mit der Bitte an die Delegierten, führend zu sein in dieser großen Zeit, ermahnte Kollege Hillenkötter zur weiteren Arbeit im Dienste unserer Bewegung.

Martin Fromm

25 Jahre im Dienste der christlichen Gewerkschaften.

Am 15. März waren es 25 Jahre, seit Martin Fromm ununterbrochen im Dienste der christlichen Gewerkschaften als Angestellter tätig ist. Zu Hause in Oberbayern am 7. August 1879 geboren, arbeitete er nach dem Besuch der Volksschule in den verschiedenen Betriebszweigen der Industrie...

Funktionär- u. Vertrauensmännerkonferenz der Geschäftsstelle Lobberich

Die Geschäftsstelle Lobberich hatte die Ortsgruppenvorstände, Vertrauensleute, Betriebsräte und Vorsitzende der Jugendgruppen am 20. Februar zu einer wichtigen Geschäftsstellenkonferenz nach Kempen eingeladen. Der Geschäftsführer, Kollege Hermann Baur, begrüßte einleitend die sehr zahlreich erschienenen Kolleginnen und Kollegen.

Noch deutlicher tritt die katastrophale Wirtschaftslage in Erscheinung bei den Zahlen der arbeitslosen und kurzarbeitenden Mitglieder. Im Juni 1931 wurden 533 arbeitslose und 236 kurzarbeitende Mitglieder gezählt, wohingegen heute 1119 Mitglieder arbeitslos sind und 488 mehr oder weniger verkürzt arbeiten.

In Anbetracht der sehr schlechten Wirtschaftslage und großen Arbeitslosigkeit gestaltete sich die Mitgliederentwicklung verhältnismäßig günstig. Erstaunlicherweise war im vierten Quartal 1931 noch ein Zuwachs zu verzeichnen. Diese Tatsache zeigt, daß in unsern Mitgliedern ein gesunder gewerkschaftlicher Geist lebt.

Ein geradezu überzeugender Beweis für den Wert der Organisation und für die Leistungen unseres Verbandes in dieser Notzeit war die Gegenüberstellung der Beitragsleistung und der Ausgaben für Kranken- und Erwerbslosenunterstützung innerhalb der Geschäftsstelle Lobberich. Im dritten Quartal 1930 betragen die Ausgaben an Unterstützung 3195.— M., im vierten Quartal 1931 dagegen M. 7387.— M.

Anschließend nahm der Kollege Dünneleder das Wort zu seinem Vortrage. Er schilderte die Auswirkung der Wirtschaftskrise für unsern Verband sowie für den Bezirk Rheinland. Die Mitglieder sowie Beitragsentwicklung seit 1927 zeigten den Anweiser, daß es falsch ist, immer nur Anforderungen an den Verband zu stellen, ohne selbst die notwendige Opferbereitschaft zu zeigen.

Dem Bericht schloß sich eine rege Diskussion an. Es herrschte volle Aufmerksamkeit darüber, daß gerade heute gerade die Arbeit der Funktionäre, Mitglieder und Bezo-

ders der Jugendgruppen notwendig sei. Mit großer Einnütigkeit wurde der Wille bekundet, mit allen Mitteln den rechts- und linksradikalen Bestrebungen, besonders in den Betrieben, entgegenzutreten. So nahm die Geschäftsstellenkonferenz einen schönen, harmonischen Verlauf. In seinem Schlußwort gab der Geschäftsführer der Hoffnung Ausdruck, daß die bewährte Treue der Mitglieder zum Verband in der Geschäftsstelle Lobberich erhalten bleibe, denn nur dadurch sei es möglich, die Textilarbeiter einer besseren Zukunft entgegenzuführen.

Berichte aus den Ortsgruppen

Düsseldorf. Die Ortsgruppe hatte am 22. Februar die Mitglieder zur Jahresgeneralversammlung im Lokale Brodermanns eingeladen. Der Ortsgruppenvorsitzende, Kollege Berghufen, eröffnete die Versammlung und begrüßte die anwesenden Mitglieder. Zunächst gedachte er der verstorbenen Kollegen Franz Gips, Michael Sicker, Konrad Sauer. Die Versammlung ehrte ihr Andenken durch Erheben von den Sigen.

Ortsgruppenvorsitzender Berghufen dankte für die Ehrung und den guten Besuch der Versammlung. Besondere Anerkennung widmete er den Mitarbeitern im Vorstand, den Vertrauensleuten und den Betriebsratsmitgliedern.

Euskirchen. Am 12. Februar 1932 veranstaltete unsere Ortsgruppe im kath. Gefellenhause ihre diesjährige Jahresgeneralversammlung. Der Vorsitzende, Kollege Michael Ley, konnte eine gutbesuchte Versammlung begrüßen. Besonders begrüßte er den Delegierten der Betriebsratsabteilung und Hauptvorstandsmitglied unseres Verbandes, den Kollegen Fritz Melcher, Düsseldorf, dann die Kollegen Winand Dammers und Johann Fröhkes, Düren.

Ueber die Tätigkeit des Ortsgruppenvorstandes im Interesse der Mitglieder und des Verbandes berichteten die Kollegen Ley, Scheffen und Sommer. Der Kollege Ley berichtete über die Beschäftigungslage in Euskirchen, über die Schwierigkeiten in den Betrieben, über die Tätigkeit des Ortsgruppenvorstandes und über die Dinge, die im besonderen für die Mitglieder wichtig waren.

Schon im Jahresbericht wurde darauf hingewiesen, daß die Nationalsozialisten in Euskirchen den Gewerkschaften Schwierigkeiten machen und ihre Gewerkschaftsfeindschaft durch Flugblätter und Versammlungen herausstellen. Der Kollege Melcher referierte dann über das Thema „Die gewerkschaftsfeindliche Front“. Im besonderen stellte der Referent die „Hamburger Front“ heraus; würdigte dann treffend die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei und verbreitete sich über die Richtlinien der Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation.

Ueber die Frage des Zweifelhäftens und seine Auswirkungen sprachen die Kollegen Fröhkes und Dammers. Im Laufe der nächsten Tage wird zwischen den beteiligten Organisationen darüber verhandelt werden. Ein besonderes Wort des Dankes wurde dem Kollegen Josef Ley zuteil, der in diesen Tagen 10 Jahre lang das Amt des Vertrauensmannes in der Ortsgruppe bekleidet. Er, ein noch junger Kollege, hat mit Anbiederung und Treue sich für unsere Ortsgruppe eingesetzt.

Dann schloß der Vorsitzende die in allen Teilen anregend verlaufene Generalversammlung.

Roschendorf. Unsere diesjährige Generalversammlung fand am 22. Februar morgens 10.30 Uhr im Lokale von Joh. Zeigels statt. Der Vorsitzende, Kollege Hermann Verdinger, eröffnete dieselbe und gab die Tagesordnung bekannt. Nachdem wurde vom Schriftführer der Jahresbericht gegeben. Aus demselben ging hervor, daß im vergangenen Jahre für die gewerkschaftsorganisierte Arbeiterchaft der Kampf um die Erfüllung seiner Aufgabe war, daß aber seitens der Ortsgruppenleitung sowohl wie auch seitens der Gesamtorganisation des christlichen Textilarbeiterverbandes nichts unversucht gelassen wurde, um die Interessen der christlichen Textilarbeiter zu wahren.

gungen des Zentralvorstandes Folge zu leisten sei, und man sich für rege Agitation einzusetzen habe. Ferner wurde beschlossen, mit dem katholischen Arbeiterverein, der Werkjugend und der Windhorstgruppe eine Arbeitsgemeinschaft zu bilden. Der Zweck einer solchen Arbeitsgemeinschaft wurde vom Schriftführer besonders erläutert und darauf hingewiesen, wie in einer solchen Gemeinschaft besonders auch die Kreise, welche sonst schwer von uns erfaßt werden könnten, mit den Gedanken der Selbsthilfebestrebungen der organisierten Arbeiter vertraut gemacht werden könnten.

Ronsdorf. Am 13. Februar veranstaltete unsere Ortsgruppe im kath. Vereinshaus ihre diesjährige Jahresgeneralversammlung. Kollege Otto Eller eröffnete in feiner Eigenschaft als erster Vorsitzender die Versammlung und begrüßte alle Erschienenen auf das herzlichste. Sodann erteilte er dem Schriftführer, Kollegen Hans Engels, das Wort zur Verlesung des Protokolls der letzten Versammlung und des Jahresberichtes.

Geschäftsstellenleiter Kollege Jos. Freis dankte allen für die im verfloffenen Jahre geleistete Arbeit und gab der Hoffnung Ausdruck, auch im kommenden Jahre mit demselben Eifer weiterzuarbeiten. Sodann hielt er ein längeres Referat über „Die Wirkungen der letzten Notzeit auf die Gewerkschaften, insbesondere auf unsern christl. Textilarbeiterverband“. An Hand von Statistiken versuchte er uns ein klares Bild der Entwicklung der Mitgliederzahl, der Beitragsleistung und des Markenerlöses vor Augen zu führen.

Beigelsdorf im Culenengebirge. Am 16. Januar veranstalteten wir unsere Generalversammlung in Schuberts Gasthaus. Der Besuch hätte besser sein können. Der Vorsitzende, Kollege Senfleben, eröffnete die Versammlung und begrüßte die Anwesenden, besonders den Kollegen Kleinmächter. Nachdem der Schriftführer das Protokoll der letzten Versammlung verlesen hatte und die Niederschrift genehmigt war, gab Kollege Senfleben den Jahresbericht. Der Ortsgruppe gehörten am Jahresende 95 Mitglieder an, davon waren 46 Mitglieder arbeitslos.

Bekanntmachung

Für die Mitglieder der Geschäftsstelle Dülmen-Coesfeld. Dülmen, Büro Marktstr. 41, Telefon Nr. 443, Coesfeld, Büro Südwall 4, Telefon Nr. 41.

Sprechstunden in Dülmen: Mittwoch und Freitag nachmittag ab 2 Uhr. Sams. von 8-1 Uhr. In Coesfeld an den übrigen Tagen.

Die Geschäftsstellenleitung.

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Oflern. — Die erste Etappe. — Einigkeit und Recht und Freiheit! — Tatsachen, die wir erkennen müssen. — Sind Betriebsratsmitglieder vogelfrei? — Die sächsischen Textilindustriellen fordern? — Ihr wahres Ziel. — Neue Tarifwünsche der Unternehmer! — Bezirkskonferenz Bayern. — Martin Fromm 25 Jahre im Dienste der christlichen Gewerkschaften. — Funktionär- und Vertrauensmännerkonferenz der Geschäftsstelle Lobberich. — Berichte aus den Ortsgruppen: Dülmen. — Euskirchen. — Roschendorf. — Ronsdorf. — Beigelsdorf im Culenengebirge. — Bekanntmachung.

Schriftleitung: Otto Maier, Düsseldorf, Florastraße 7.

Eigenheim-Genossenschaft „Bergisch-Land“

e. G. m. b. H., Düsseldorf.

Bilanz per 31. Dezember 1931

Table with columns for Aktiva and Passiva. Aktiva includes Kassenbestand, Immobilien, Mobilien, etc. Passiva includes Eigenes Kapital, Hypotheken, Darlehen, etc.

Düsseldorf, den 20. Februar 1932.

Der Vorstand der Eigenheim-Genossenschaft „Bergisch-Land“ e. G. m. b. H. Düsseldorf. L. A. F. Aufbaum, J. Müller, F. Sijcher.